

II-12744 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVIII. Gesetzgebungsperiode

Nr. 6178 13

1994 -03- 02

ANFRAGE

der Abgeordneten Moser und Partner

an den Bundesminister für Wirtschaftliche Angelegenheiten

betreffend Wohnungsvergabe durch die Bundesgebäudeverwaltung

Die Bundesgebäudeverwaltung (BGV) stellt für Bedienstete des Bundes sowohl Natural-, als auch Mietwohnungen zur Verfügung. Unklar sind dabei sowohl die formalen Kriterien, wie auch die Vorgangsweise bei der Vergabe von Wohnungen. Die führt zu Unzufriedenheit und es entsteht der Verdacht, daß aus parteipolitischen oder sonstigen Gründen eine Bevorzugung von Personen erfolgt. So wurde Kritik an der Vergabepaxis der BGV Wiener Neustadt laut.

Die unterfertigten Abgeordneten richten daher folgende

ANFRAGE

an den Bundesminister für Wirtschaftliche Angelegenheiten

1. Gibt es generelle Vergaberichtlinien für Wohnungen die in der Verwaltung der BGV stehen, und wenn ja, wie sehen diese aus?
2. Wieviele Wohnungen wurden im Bundesland Niederösterreich von der BGV in den Jahren 1992 und 1993 vergeben und wieviele Wohnungsvergaben sind für 1994 zu erwarten?
3. Gibt es gereichte Liste der Personen die für Wohnungen, die von der BGV verwaltet werden, vorgemerkt sind, und wenn ja, wie viele Personen sind derzeit auf solchen Listen in Niederösterreich, vorgemerkt ?
4. Wieviele Wohnungen wurden durch die BGV Wr. Neustadt in den Jahren 1992 und 1993 vergeben?
5. Ist es richtig, daß im Haus Wr. Neustadt, Burgplatz 1/8 zwei Wohnungen mit einer Gesamtwohnfläch von rd. 150 m² an eine Familie vergeben wurden?
6. Wenn ja, wurden bei dieser Vergabe die bestehenden Vergabekriterien eingehalten und wenn nicht, warum nicht?
7. Sehen Sie einen Handlungsbedarf, damit es zu einer gerechteren Verteilung der BGV-Wohnungen auf die Wohnungswerber kommt, und wenn ja, welche konkreten Maßnahmen werden Sie veranlassen?